

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #31

Oktober 2022

Analyse der Landtagswahl in Niedersachsen 2022

DR. STEFANIE JOHN

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**

*Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.*

*Das **böll.brief** der Abteilung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabe-gesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».*

Die Publikation ist unter Mitarbeit von Jana Heyde und Hendrik Teichgräber entstanden. Vielen Dank dafür!

Datengrundlage: Soweit nicht anders angegeben, basiert die Analyse auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD. Daten zu den vorläufigen Wahlergebnissen (Stand: Montag, 10. Oktober 2022) und zu den Listenaufstellungen wurden von der niedersächsischen Landeswahlleiterin veröffentlicht: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/>

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Politische Dynamik: Stimmen, Themen und Kompetenzen	4
2 Individuelles Verhalten unter der Lupe	8
3 Politische Geografie des Wahlverhaltens	10
4 Politische Repräsentation im neuen Landtag	11

Zusammenfassung

- Die derzeit bundesweiten Herausforderungen wie die Fragen der steigenden Inflation, der Energiegewinnung und Versorgungssicherheit beeinflussen stark den Wahlkampf in Niedersachsen und die Wahlentscheidungen der Wähler:innen.
- SPD und Grüne erreichen zusammen eine sichere Mehrheit und werden wahrscheinlich die neue Landesregierung bilden. Die Antwort auf die gestiegene Sehnsucht nach Sicherheit und Antworten auf Ängsten wird nicht in der Fortsetzung der rot-schwarzen Koalition gesehen. Vielmehr haben die Wähler:innen in Niedersachsen nun auch die letzte große Koalition auf Landesebene abgewählt.
- Die Grünen mit ihrem Spitzenduo Julia Willie Hamburg und Christian Meyer erreichen in Niedersachsen mit 14,5 Prozent ihr bestes Ergebnis. Die SPD profitiert vom Amtsinhaberbonus von Stephan Weil und wird trotz Verlusten die stärkste Kraft. Der FDP misslingt der Wiedereinzug ins Landesparlament. Die AfD gewinnt seit langem erstmals wieder an Wählerstimmen hinzu und erreicht ein zweistelliges Ergebnis. Die CDU unter ihrem Spitzenkandidaten Bernd Althusmann überzeugt die Wähler:innen nicht und fährt mit 28,1 Prozent das schlechteste Wahlergebnis seit Jahrzehnten in Niedersachsen ein.
- Die gesendeten Signale in Richtung Bundespolitik für eine bessere Handlungsperformanz sind eindeutig. Gleichzeitig fallen die Signale an die einzelnen Parteien in Regierungsverantwortung unterschiedlich aus, sodass mit Implikationen aus der Landtagswahl für die Bundespolitik zu rechnen ist. Auch der Druck für die CDU ist gestiegen, die Rolle einer verantwortungsvollen Oppositionspartei sowohl im Land als auch im Bund zu finden.
- Die Grünen sind weiterhin besonders stark bei den Jung- und Erstwähler:innen sowie bei jungen Frauen. Die Unterstützung für die Grünen in der Gruppe Ü60 ist gestiegen. Senior:innen bleiben jedoch verbunden mit den ehemaligen Volksparteien.
- Auch bei Stimmenzugewinnen in allen Wahlkreisen bleiben die Städte der Mobilisierungsort für die Grünen. Die CDU verliert in allen Wahlkreisen, besonders deutlich in ihren Hochburgen. Sie erzielt weiterhin die besseren Wahlergebnisse, je ländlicher die Wahlkreise sind. Für die SPD-Wahlergebnisse ist der Grad der Ländlichkeit nicht relevant.
- Mit den Grünen ist eine Fraktion mit einem starken Anteil von gut 58 Prozent Frauen präsent. Die Grünen ziehen auch mit einer vergleichsweise jungen Fraktion in den Landtag ein. Insgesamt verbessert sich die politische Repräsentation von Frauen im neuen Landtag leicht. Die regionale Vielfalt Niedersachsens spiegelt sich auch mit den Abgeordneten der grünen Fraktion. Ihre Abgeordneten sind verbunden mit ländlichen bis städtischen Wahlkreisen.

1 Politische Dynamik: Stimmen, Themen und Kompetenzen

Die Grünen mit ihrem Spitzenduo Julia Willie Hamburg und Christian Meyer erreichen in Niedersachsen mit 14,5 Prozent ihr bestes Ergebnis. Mit einem Zugewinn von +5,8 Prozentpunkten verzeichnen sie unter allen Parteien den größten Anstieg an Stimmanteilen und gehen damit seit ihrer Regierungsbeteiligung im Bund aus der dritten Landtagswahl in Folge gestärkt hervor. Hier schreibt sich ein Trend auch nach Regierungsbeteiligung im Bund fort, die Wahlergebnisse zu verbessern.

Mobilisieren können sie Wähler:innen vor allem mit ihrer Programmatik und sprechen insbesondere ihre Stammwählerschaft an, aber auch ehemalige Wähler:innen im bedeutenden Umfang von der SPD (+100.000) und von der CDU (+55.000). Mit den absoluten Stimmenzugewinnen liegt man deutlich über dem Niveau von 2017, aber nur leicht über dem von 2013 (Vgl. Abbildung 2).

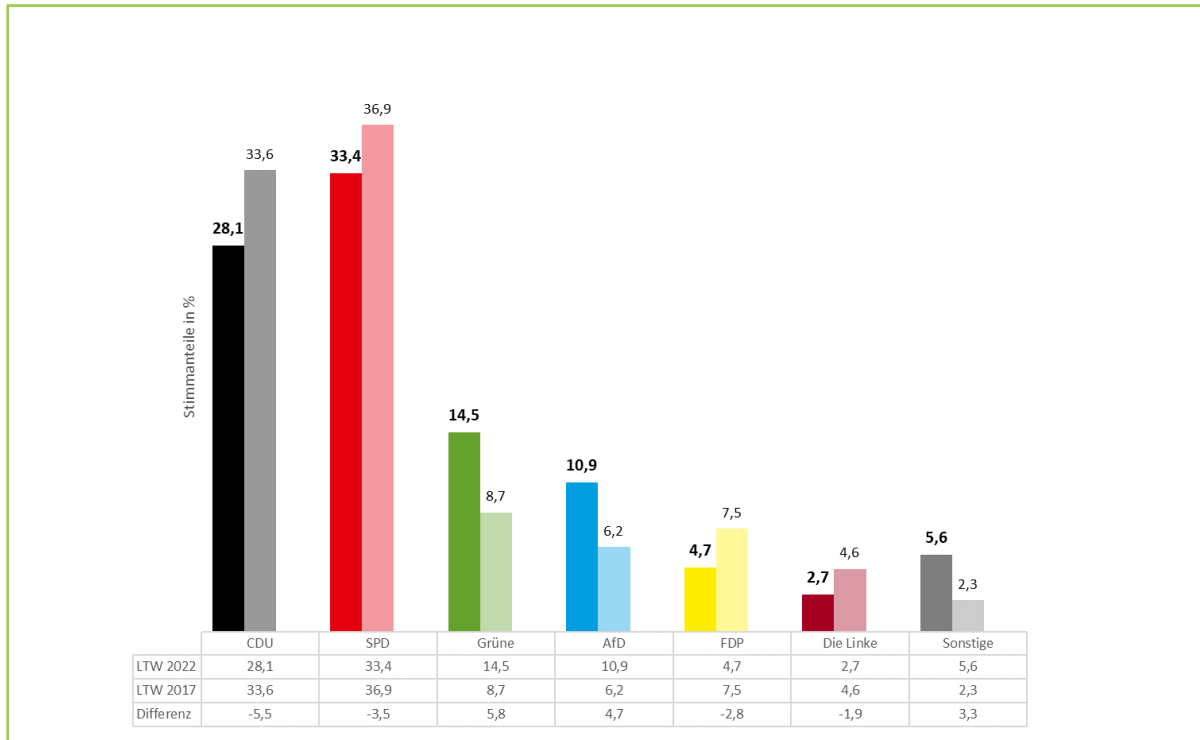
Mit ihren Themen und Lösungsansätzen können sie in Niedersachsen punkten und werden voraussichtlich Verantwortung in der neuen Landesregierung übernehmen. Auch die niedersächsischen Grünen profitieren von den positiven Wahrnehmungen des bundespolitischen Spitzenpersonals und der insgesamt gestiegenen Wahrnehmung der Klimakrise durch die Bürger:innen. Denn trotz einer stärkeren Aufmerksamkeit hin zur Sicherheit bezüglich Energieversorgung und Preisstabilität, bleibt der Klimawandel weiterhin ein relevantes Thema für Wahlentscheidungen. Gleichzeitig wirkt in der Wahlkampfphase auch die Unzufriedenheit mit der Ampelkoalition auf die Grünen in Niedersachsen zurück, sodass sie mit dem positiven Wahlergebnis hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind.

Amtsinhaberbonus wirkt in Krisenzeiten, wenn mit der Person Handlungs- und Entscheidungskompetenz verbunden werden. In einer Zeit multipler Krisen, die mit Ängsten und Unsicherheiten verknüpft sind, honorieren Wähler:innen Handlungskompetenz und Ausstrahlung als politische Gestaltungskraft – so kann Stephan Weil aufgrund des Zutrauens in seine Person seinen Amtsinhaberbonus voll ausschöpfen und für die SPD trotz Verlusten (-3,5 Prozentpunkte) den Wahlsieg bei dieser Landtagswahl holen. Flankiert wird das Vertrauen in seine Person durchaus durch Vertrauen in die sozialdemokratische Programmatik und Kompetenzwahrnehmung, gleichwohl auch hier die Unzufriedenheit der Wähler:innen mit den Leistungen der Ampelkoalition dämpfend gewirkt haben dürfte.

Die CDU unter ihrem Spitzenkandidaten Bernd Althusmann überzeugt die Wähler:innen nicht und fährt mit 28,1 Prozent das schlechteste Wahlergebnis seit Jahrzehnten in Niedersachsen ein. Sie kann viele ihrer Wähler:innen nicht mobilisieren (-105.000 Abwanderung ins Nichtwählerlager) und verliert Wähler:innen an die SPD (-105.000). Selbst in klassischen CDU-Hochburgen verringert sich der Rückhalt (siehe Abschnitt 3). Programmatisch scheint die CDU weniger zu überzeugen und auch ihre Strategie, in den letzten Wochen vor den Wahlen einen

Wahlkampf gegen die Bundesregierung zu betreiben und von der in Kritik stehenden Performanz der Bundesregierung profitieren zu wollen, bringt nicht den erwarteten Erfolg. Althusmann zog daraus bereits Konsequenzen und gab seinen Rücktritt als CDU-Landeschef bekannt.

Abbildung 1: Vorläufiges Wahlergebnis Landtagswahl Niedersachsen 2022



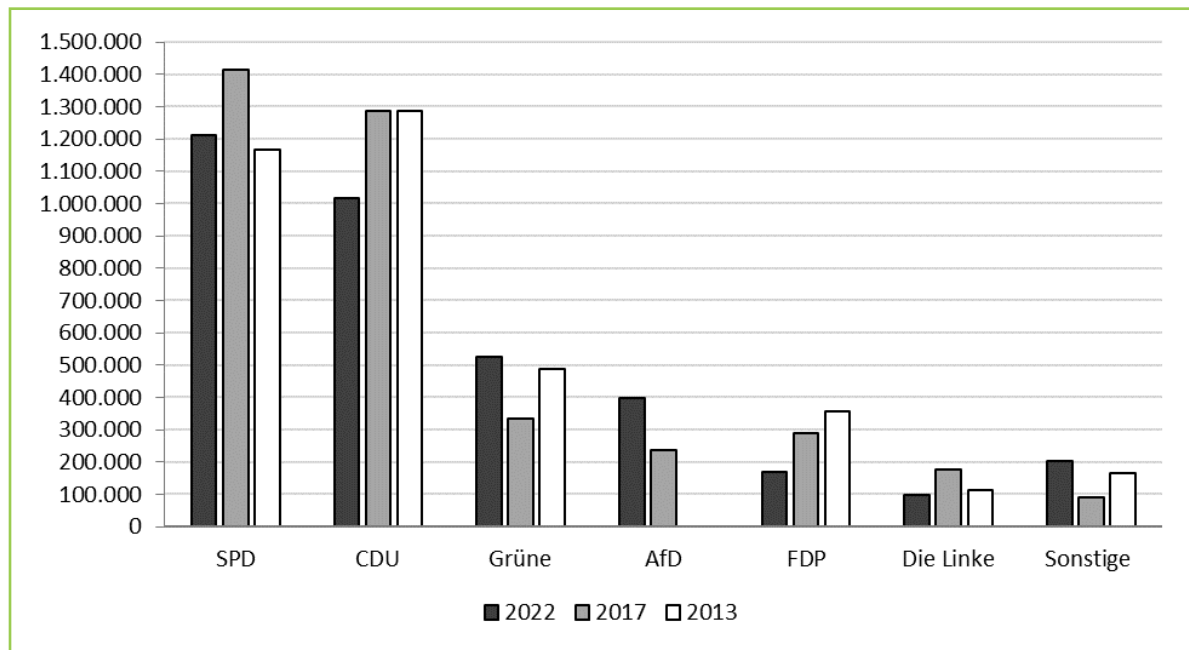
Datengrundlage: Niedersächsische Landeswahlleiterin. Eigene Darstellung.

Der verpasste Wiedereinzug in den Landtag bedeutet für die Liberalen eine bittere Niederlage. Mit einer weitaus geringeren Stammwählerschaft als andere Parteien besteht für die Liberalen seit Jahren das Kernproblem, mehr Wechselwähler:innen mobilisieren zu müssen. Auch wenn die absoluten Stimmenverluste deutlich geringer als für SPD und CDU ausfallen, sind sie für die Liberalen weitaus folgenreicher. Die FDP verliert vor allem an die CDU (-100.000), was ein klassisches Dilemma der FDP mit ihrer Verankerung im konservativ-bürgerlichen Lager beschreibt. Anders als die Grünen hat die FDP mit ihrer Strategie, wie sie als Ampelkoalitionärin handelt und kommuniziert, bisher nicht punkten können.

Mit dem Verlust der liberalen Kraft werden im niedersächsischen Landesparlament nur noch vier Parteien vertreten sein. Der CDU wird hier eine besondere Verantwortung in ihrer wahrscheinlichen zukünftigen Oppositionsrolle im niedersächsischen Landesparlament zukommen, um diese Plattform nicht der erstarkten AfD zu überlassen.

Die AfD in Niedersachsen profitiert von Ängsten und Unzufriedenheit mit der Politik auf Bundesebene. Die AfD hat erstmals seit Ende 2019, nach zehn Landtagswahlen mit Verlusten, wieder Zugewinne erzielt. Der starke Zuwachs um 4,7 Prozentpunkte belegt erneut, dass die AfD vorrangig von bestimmten Krisensituationen profitiert – unabhängig davon, wie zerstritten das politische Personal im Landesverband oder in der Fraktion ist. Denn mit 71 Prozent ist der Anteil der AfD-Wähler:innen besonders hoch, die ihre Wahlentscheidung als Protestzeichen gegen politischen Kurs auf Bundesebene bezeichnen – etwa gegen die Sanktionen gegen Russland aufgrund des Krieges in der Ukraine. Stützen kann sich die Partei vor allem auf Stammwähler:innen. Es gelingt ihr zudem aus dem Nichtwählerlager (+50.000) zu mobilisieren. Zulauf erhält sie auch von ehemaligen CDU-Wähler:innen (+50.000); das Abwandern ehemaliger FDP-Wähler:innen (+40.000) hin zur AfD trägt nachhaltig zu den veränderten Kräfteverhältnissen im Landtag bei.

Abbildung 2: Absolute Stimmergebnisse im Vergleich über die Zeit



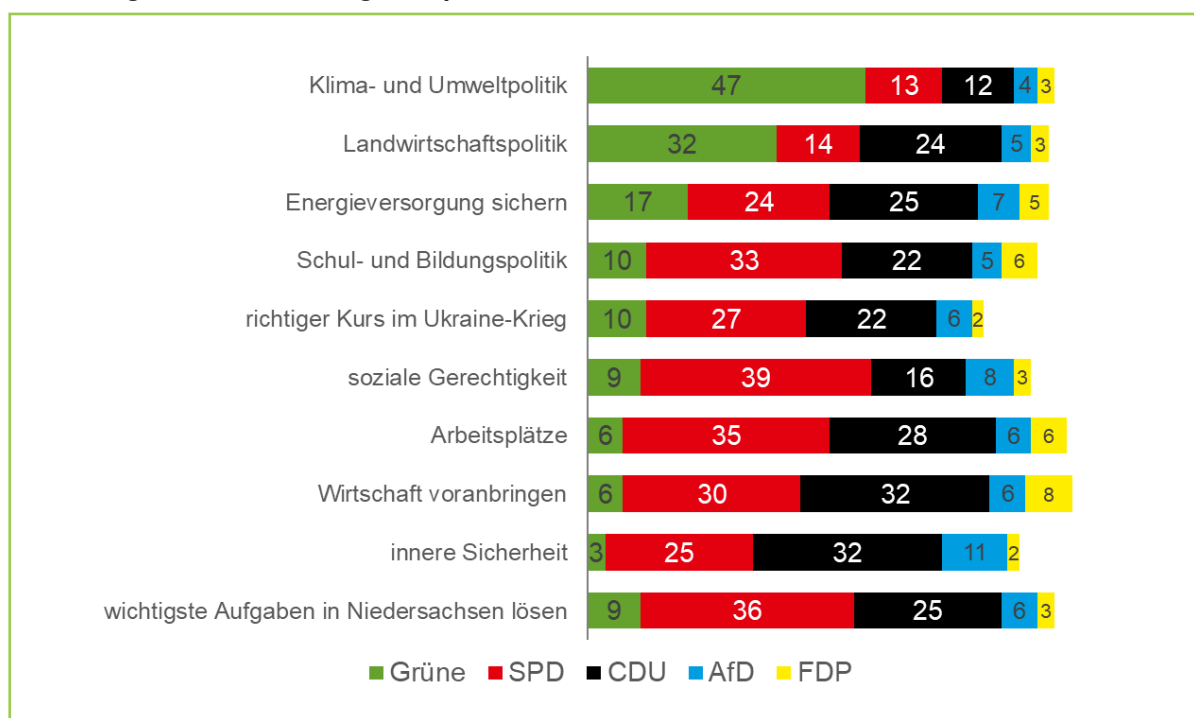
Absolute Gesamtstimmen der Landeslisten im Zeitvergleich 2013-2022. Datengrundlage: Niedersächsische Landeswahlleiterin. Eigene Darstellung.

Die Linke scheitert erneut an der 5%-Hürde und der Zuspruch für die sonstigen Parteien nimmt zu. Gleichwohl die Linke in Niedersachsen historisch eher schwach aufgestellt ist, setzt sich mit dem Wahlergebnis ein Negativtrend für die Partei fort. Die Versuche, den desolaten Zustand der Bundespartei zu überwinden, tragen bislang kaum Früchte. So stehen dem Agieren als verantwortungsvolle Opposition nicht unerhebliche innerparteiliche Barrieren im Wege. Der Zuspruch der niedersächsischen Wähler:innen für die sonstigen Parteien ist zwar gestiegen, bleibt aber auf einem vergleichbaren Niveau wie in anderen Bundesländern.

Nationale Herausforderungen werfen ihren Schatten auf die landespolitische Agenda. Die derzeit bundesweiten Herausforderungen wie die Fragen der steigenden Inflation, der Energiegewinnung und Versorgungssicherheit beeinflussen stark den Wahlkampf in Niedersachsen und die Wahlentscheidungen der Wähler:innen. Landespolitische Themen wie nachhaltige Transformation der Wirtschaft, Bildung oder Digitalisierung geraten im Wahlkampf zunehmend in den Hintergrund.

Trotz geringerer Aufmerksamkeit bleiben auch andere Themen für die Wähler:innen nicht ohne Bedeutung für ihre Wahlentscheidungen, beispielsweise die Klimafrage (für 19 Prozent der Wähler:innen entscheidend) oder die Bildungspolitik (13 Prozent). Entsprechend spielen Performanz der Parteien in Bund und Ländern und Kompetenzzuschreibung durch den Wähler:innen auch für diese Themenbereiche eine Rolle für den Ausgang der Wahlen. Profitieren können die Grünen insbesondere von ihrer Problemlösungskompetenz in der Klima- und Umweltpolitik (Abbildung 3).

Abbildung 3: Problemlösungskompetenz von Parteien



Werte in Prozent, „Nun zu den politischen Aufgaben. Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, diese Aufgaben in Niedersachsen zu lösen?“, Fehlende Werte zu hundert Prozent: andere Partei / keine Partei / weiß nicht / keine Angabe. Datengrundlage: Infratest-Dimap. Eigene Darstellung.

Auswirkungen auf das bundespolitische Handeln in der Ampelkoalition und in der bundespolitischen Opposition. Die gesendeten Signale in Richtung Bundespolitik für eine bessere Handlungsfähigkeit sind eindeutig. Bedingt durch die anders gerichteten Ergebnisse für die einzelnen Parteien der Ampelkoalition auf Lan-

desebene wird der Druck zwischen den Partner:innen zunehmen. Die Strategiefrage werden sich offensichtlich die Liberalen stellen. Konnten sie vor der Bundestagswahl 2021 bei vielen Landtagswahlen leicht positive Entwicklungen verzeichnen, erfahren sie seit Regierungsbeteiligung im Bund die vierte Niederlage bei Landtagswahlen in Folge.

Infolge eines stärker ausdifferenzierten Parteiensystems bleibt schlichtweg das Kernproblem bestehen, wie die Parteien einer veränderten Koalitionsarithmetik gerecht werden und so politische Entscheidungen gemeinsam austarieren können, so dass Kompromisslösungen nicht per se als Schwächen des eigenen Profils gedeutet werden. Dieser Kurs bleibt herausfordernd; gleichzeitig besteht die enorme Verantwortung, durch die derzeitige Krise mit einer politisch stabilen Regierung Entscheidungen zu treffen und handlungsfähig zu bleiben. Auch die Union als führende Opposition im Bundestag steht nach dieser Wahl verstärkt unter Druck, eine verantwortungsvolle Oppositionsarbeit zu leisten.

Auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat werden sich verändern. Die Grünen werden voraussichtlich in zwölf von sechszehn Landesregierungen in vielfältigen Koalitionsmodellen mitregieren. Diese Vielfalt bleibt nicht ohne Konsequenzen auf Aushandlungskraft von Kompromissen zwischen Bund und Ländern. Das Denken und der Koordinationsaufwand in ebenenübergreifender Perspektive werden innerparteilich relevanter denn je, wenn die Parteien den Weg durch die Krisen und hin zur Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik beschreiten wollen.

2 Individuelles Verhalten unter der Lupe

Im Wahlverhalten jüngerer Frauen und Männer durchaus Unterschiede. Während sich in den Generationen ab 35 Jahren relativ wenig signifikante Abweichungen im Wahlverhalten zwischen Wählerinnen und Wählern zeigen, treten einige auffällige Unterschiede im Wahlverhalten der jüngeren Generationen bis 35 Jahre zu Tage. Junge Wählerinnen entscheiden sich bei ihrer Stimmabgabe besonders häufig für die Grünen und seltener bzw. kaum für FDP oder AfD, während umgekehrt vor allem AfD und FDP Rückhalt von jungen Wählern erfahren. Deutlich gewinnt die AfD in allen Altersgruppen hinzu, nicht jedoch bei den Senior:innen.

Senior:innen fest verbunden mit den ehemaligen Volksparteien, jüngere Menschen wählen heterogener.¹ SPD und CDU erfahren besonders Rückhalt in der Wählergruppe der Über-60-Jährigen (Abbildung 5). Hier zeigt sich, je älter die Wähler:innen, desto konservativer verhalten sie sich und bleiben tendenziell den ehemaligen Volksparteien treu. Verglichen zur vergangenen Wahl können beide Parteien

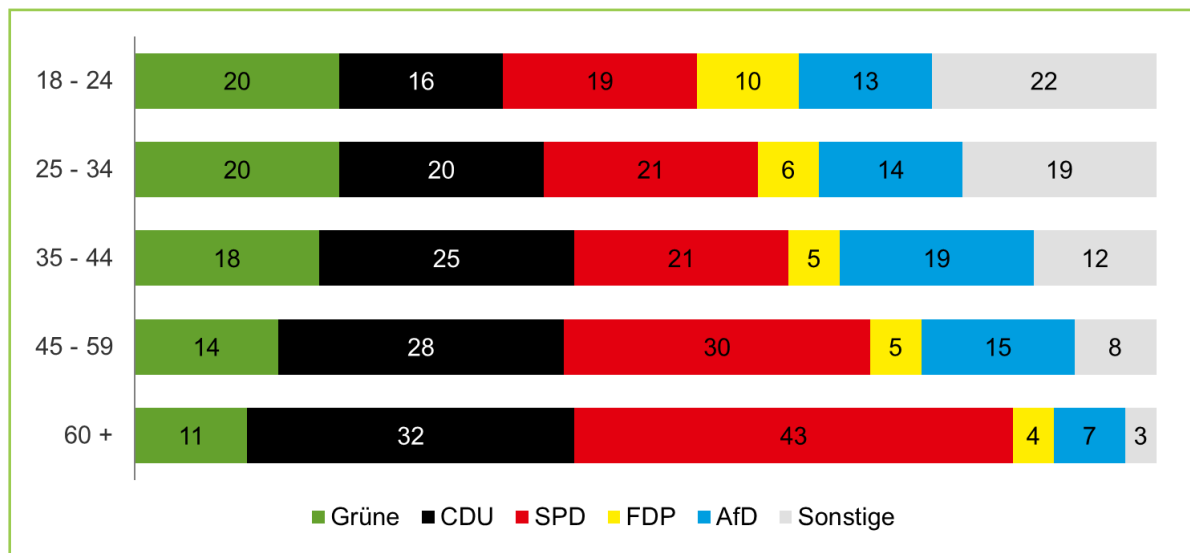
¹ Repräsentative Angaben zur Wahlbeteiligung nach Altersgruppen liegen direkt nach einer Wahl nicht vor. Dafür notwendige Befragungen liegen in der Verantwortung der Landeswahlämter und sind unabhängig von anderen Nachwahlbefragungen.

aber kaum zusätzlich Senior:innen mobilisieren. Für Jung-/Erstwähler:innen sind SPD und CDU weniger attraktiv. Beide Parteien verlieren besonders in dieser Altersgruppe.

Die Grünen hingegen gewinnen Wähler:innen aller Altersgruppen hinzu. Deutlich ist der Rückhalt in der Gruppe der Jung- und Erstwähler:innen, hier sind sie stärkste Kraft. Auch wenn in der Altersgruppe Ü60 die Anhänger:innen von SPD und CDU dominieren; der Zuspruch für die Grünen ist auch in dieser Altersgruppe gestiegen. Wirksamkeit hinsichtlich der Stimmenkraft können diese Zugewinne vor allem deshalb entfalten, da diese Altersgruppe in Niedersachsen rund 38 Prozent der Wahlberechtigten ausmacht (Bundeswahlleiter 2022).

Bei weiteren soziodemografischen Merkmalen setzen sich bekannte Trends fort. Wie bei früheren Wahlen können SPD und CDU Wähler:innen aller Bildungsniveaus gewinnen, etwas stärker bei Menschen mit formal niedriger Bildung. Die Grünen werden auch bei dieser Wahl überproportional stark von Wähler:innen mit formal hoher Bildung bzw. Ausbildung unterstützt. Der starke Rückhalt für die Grünen im akademischen Milieu wächst bei dieser Wahl noch einmal. Auch verstärkt sich der Trend hin zu Zugewinnen für die Grünen unter den Beamt:innen und Selbstständigen. Unter den Arbeiter:innen sind vor allem SPD, CDU und AfD stark. Die SPD hat im Arbeitermilieu deutlich an Rückhalt verloren, stattdessen erfährt hier die AfD eine zunehmende Unterstützung.

Abbildung 4: Wahlverhalten nach Altersgruppen



Anteile in Prozent. Datengrundlage: Infratest dimap-Wahlanalyse. Eigene Darstellung.

Geringe Wahlbeteiligung sollte auch zu mehr Aufmerksamkeit in der Arbeit der politischen Bildung führen. Auch bei dieser Landtagswahl liegt eine vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung von 60,3 Prozent vor; nur im Jahr 2008 war sie in Niedersachsen noch niedriger. Selbstredend werden sich Parteien die Fragen

stellen, wie sie stärker mobilisieren können. Gleichzeitig braucht es zusätzlich Impulse aus angewandter Forschung über Hintergründe und Mechanismen dieser Entwicklungen, die auch eine Übersetzung in politische Bildungsarbeit bedürfen.

3 Politische Geografie des Wahlverhaltens

Bekannte Muster der politischen Geografie Niedersachsens lassen sich auch weiterhin auf der politischen Landkarte erkennen: traditionelle Hochburgen von SPD und CDU bleiben bestehen und die Grünen mobilisieren besonders in den Städten.

Die **Grünen** erzielten Wahlergebnisse von 7,3 Prozent im Wahlkreis Papenburg – dem ländlichsten Wahlkreis² in Niedersachsen und in einem eher strukturkonservativen Landkreis gelegen – bis 33,5 Prozent in Göttingen-Stadt. Ihre besten Ergebnisse erreichen sie auch in Niedersachsen in Städten (Göttingen-Stadt, Hannover-Mitte, Hannover-Linden, Oldenburg-Mitte/Süd, Osnabrück-West), wo sie erstmals drei Direktmandate gewinnen (Wahlkreise Göttingen-Stadt, Hannover-Mitte und Lüneburg).

In allen Wahlkreisen gewinnen sie hinzu. Ihre Zugewinne variieren von +2,5 bis zu +15,7 Prozentpunkte. Ihren Erfolg bauen die Grünen insbesondere in urbaneren Gebieten aus, in denen mehr jüngere Menschen leben und häufig universitäre Standorte angesiedelt sind. Auch für diese Landtagswahl liegen stark negative statistische Zusammenhänge zwischen Zweitstimmenergebnis bzw. Stimmenzugewinne und einem zunehmenden ländlichen Charakter der Wahlkreise vor.³ D.h.: die Stärke der Grünen liegt in der der Wählermobilisierung in den Metropolen und urbaneren Zentren – und dieser statistische Zusammenhang wirkt stärker als die umgekehrt gerichtete und traditionell mobilisierende Kraft der CDU in den ländlichen Räumen.

Die **CDU** erreicht Ergebnisse zwischen 13,6 und 46,7 Prozent und verzeichnet in allen Wahlkreisen Verluste von (-12,9 bis -1,2 Prozentpunkte). Auch wenn die stärksten Wahlkreise der **CDU** weiterhin im ländlich und katholisch geprägten Westen des Landes liegen (Vechta, Papenburg, Meppen, Cloppenburg, Lingen), fährt sie in ihren eigentlichen Hochburgen die stärksten Verluste ein. So rutscht sie beispielsweise im Wahlkreis Cloppenburg von 57,4 auf 44,5 Prozent (-12,9) der Stimmen ab.

² Erläuterungen zur Messung von Ländlichkeit, siehe Anhang.

³ Für die Auswertungen in diesem Abschnitt wurden einfache Korrelationen und einfache Regressionsanalysen gerechnet, um statistische Zusammenhänge zwischen Wahlergebnissen (Zweitstimmenanteile bzw. Veränderung zur letzten Landtagswahl) und Strukturmerkmalen des Wahlkreises zu messen. Strukturmerkmale sind: Ländlichkeitsgrad (siehe Fußnote 1), Stärke der Altersgruppe ab 65, ökonomische Situation anhand von Steuerkraft und die Beschäftigungsquote. Es kann nicht auf das individuelle Wählerverhalten geschlossen werden. Der statistische Zusammenhang kann sich auflösen, wenn in der Zusammenhangsanalyse weitere Merkmale berücksichtigt werden. Aus den Zusammenhängen kann keine Aussage über Ursache und Folge abgeleitet werden.

Dennoch gilt für die Ergebnisse der CDU, dass ein positiver Zusammenhang zwischen einem ländlichen Lebensumfeld und dem Zweitstimmenergebnis existiert, d.h. je ländlicher, desto erfolgreicher ist die CDU – zugleich sind in diesen Wahlkreisen auch die Verluste signifikant höher.

In den traditionell starken **SPD-Wahlkreisen** an der Nordseeküste (Emden/Norden, Leer/Borkum, Friesland, Aurich) und im eher industriell geprägten Süden Niedersachsens vor allem der Wahlkreis Salzgitter, fährt die SPD auch wieder ihre besten Ergebnisse ein. Auch wenn die SPD die Wahl gewonnen hat und Ergebnisse zwischen 22,8 und 43,4 Prozent erreicht: In den meisten Wahlkreisen kann sie nicht die Zweitstimmenergebnisse erreichen wie bei der letzten Landtagswahl. Wenn auch nicht so extrem wie bei der CDU, muss auch die SPD in einigen ihrer traditionell stärksten Wahlkreisen die größten Stimmeinbußen hinnehmen (Hannover-Linden -9,4; Hannover-Mitte -9,4, Aurich -8,6; Leer-Borkum -7,9; Hannover-Ricklingen -7,5). Auffällig ist hierbei, dass in diesen Wahlkreisen entweder die Grünen sehr stark zulegen konnten (Hannover-Linden; Hannover-Mitte) oder die AfD (Aurich; Leer-Borkum). Grundsätzlich lassen sich die Wahlergebnisse der SPD eher nicht in den Zusammenhang der Ländlichkeit von Wahlkreisen sehen; allerdings zeigt sich, dass die SPD in eher ländlichen Wahlkreisen deutlich weniger Stimmen verloren hat und ihre Ergebnisse umso besser sind, je höher der Anteil der Generation 65+ ist.

Für die **FDP** lassen sich keine regionalen Muster erkennen. Die **AfD** erreicht ihre besten Wahlergebnisse in den Wahlkreisen Salzgitter, Gifhorn-Nord/Wolfsburg, Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter und damit an klassischen Industriestandorten. Auffällig ist hier, dass die stärksten Zuwächse in Wahlkreisen erzielt wurden, welche eigentlich als SPD oder CDU-Stammland gelten (u.a. Leer/Borkum, Aurich, Cloppenburg, Wittmund/Inseln). Anders als für die anderen Parteien verliert Ländlichkeit als strukturelles Merkmal an Erklärungskraft, wenn auch die ökonomische Situation in den Wahlkreisen berücksichtigt wird.

4 Politische Repräsentation im neuen Landtag

Für die politische Präsentation ist nicht ausschließlich entscheidend, ob Parteien politische Anliegen und Positionen formulieren, die die Anliegen der Bürger:innen aufgreifen und sich damit ihre Interessen im politischen Kanon wiederfinden. Zusätzlich ist auch relevant, wer repräsentiert. Denn mit Sichtbarkeit werden sowohl die Teilhabe an politischer Macht als auch die Vertretung von Interessen verbunden.

Die politische Repräsentation von Frauen im neuen Landtag zeigt sich leicht verbessert. Mit den Grünen ist eine Fraktion mit einem starken Anteil von Frauen präsent. Wie bei anderen Wahlen auf Landes- und Bundesebene sind Grüne und SPD mit deutlich mehr Frauen bei der Wahl an als die anderen Parteien

(Tabelle 1). Mit 58 Prozent Anteil an weiblichen Abgeordneten setzt die grüne Fraktion ein klares Zeichen für die Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen.

Auffallend hoch ist der Anteil von Frauen bei den Kandidierenden für die CDU, der aus einer paritätischen Landesliste des niedersächsischen Landesverbands resultiert. In diesem Jahr tritt damit der dritte CDU-Landesverband mit einer paritätischen Liste bei Landtagswahlen an (neben Saarland und Schleswig-Holstein). Ein Zeichen für die langsam einsetzenden innerparteilichen Veränderungen im Umgang mit der Repräsentation von Frauen, was sich auch im Beschluss zur innerparteilichen Frauenquote auf dem letzten CDU-Bundesparteitag im September 2022 ausdrückt.

Dass bei diesen Ausgangsbedingungen dennoch zukünftig in der CDU-Fraktion nur knapp 32 Prozent Frauen politisch wirken werden, ergibt sich aus einem Effekt, der auch den zurückgegangenen Anteil von Frauen in der neuen SPD-Fraktion erklärt: In Wahlkreisen kandidieren in der Regel häufiger Männer denn Frauen. Dieser Effekt ist flächendeckend in der Bundesrepublik beobachtbar (John und Bergen 2021). Für die SPD-Fraktion zeigt er sich bei der Landtagswahl besonders wirkungsvoll, da alle sozialdemokratischen Abgeordneten über Direktmandate in den Landtag einziehen.

Insgesamt steigt dennoch der Anteil von Frauen im neuen Landtag und ordnet sich leicht über dem Durchschnitt aller Landtage ein.

Tabelle 1: Politische Repräsentation von Frauen

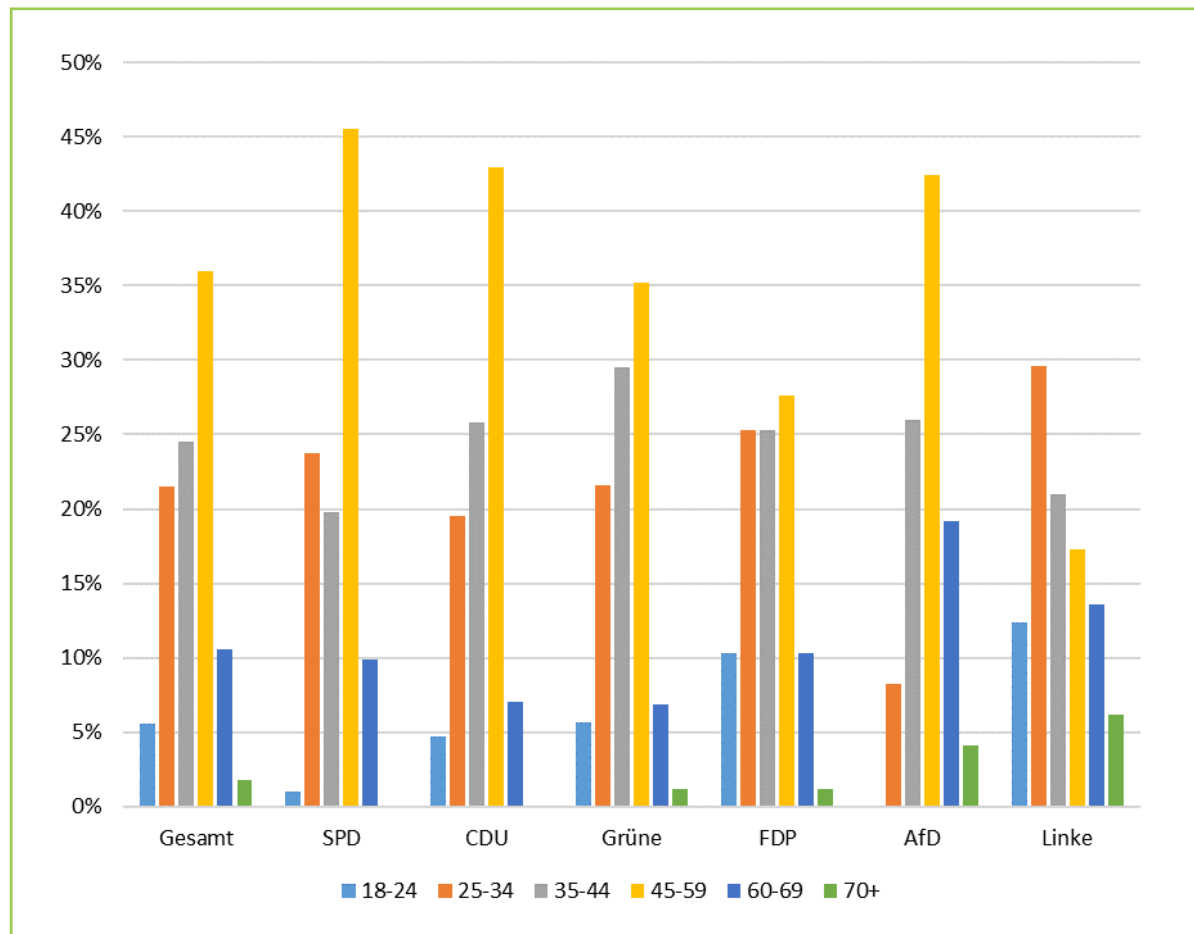
	Bewerber:innen			Mandatsträger:innen im Landesparlament				
	Gesamt	davon Frauen	Anteil Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Anteil Frauen	Veränderung zum vorherigen Landtag (%-Punkte)
SPD	101	42	41,6	57	39	18	31,6	-7,3
CDU	128	64	50,0	47	32	15	31,9	11,9
Grüne	88	47	53,4	24	10	14	58,3	3,8
AfD	73	9	12,3	18	15	3	16,7	5,6
FDP	87	23	26,4					
Sonstige	279	71	25,4					
Insgesamt	756	256	33,9	146	96	50	34,2	5,0

Bewerber:innen (gesamt, bereinigt um Doppelbewerber:innen) und Mandatsträger:innen nach Wahl (absolut; Anteil in Prozent; vorl. Endergebnis); Datengrundlage: Niedersächsische Landeswahlleiterin. Eigene Darstellung.

In allen Parteien zeigt sich intergenerationelles politisches Engagement. Die Grünen ziehen auch mit einer vergleichsweise junge Fraktion in den Landtag ein. Der Wunsch der jungen Generation nach einer besseren Vertretung ihrer Interessen und einer größeren Sichtbarkeit von jungen Politiker:innen ist unübersehbar hoch (Vodafone Jugend-Studie 2022). Die im niedersächsischen Parteienwettbewerb relevanten Parteien sind mit Personen aus allen Altersgenerationen bei den

Wahlen angetreten. Auch in Niedersachsen zeichnet sich dabei das bekannte Bild: Besonders häufig stellen sich politisch Engagierte aus der Altersgruppe 45-59 Jahren zur Wahl. Grüne und FDP sind stärker als die anderen Parteien mit jungem politischen Personal unter 35 Jahren angetreten. Für den Grünen-Landesverband dürfte für die innerparteiliche Rekrutierung der Kandidat:innen das massive Mitgliederwachstum nicht unerheblich gewesen sein.

Abbildung 5: Generationenvielfalt mit den Kandidaturen der Parteien

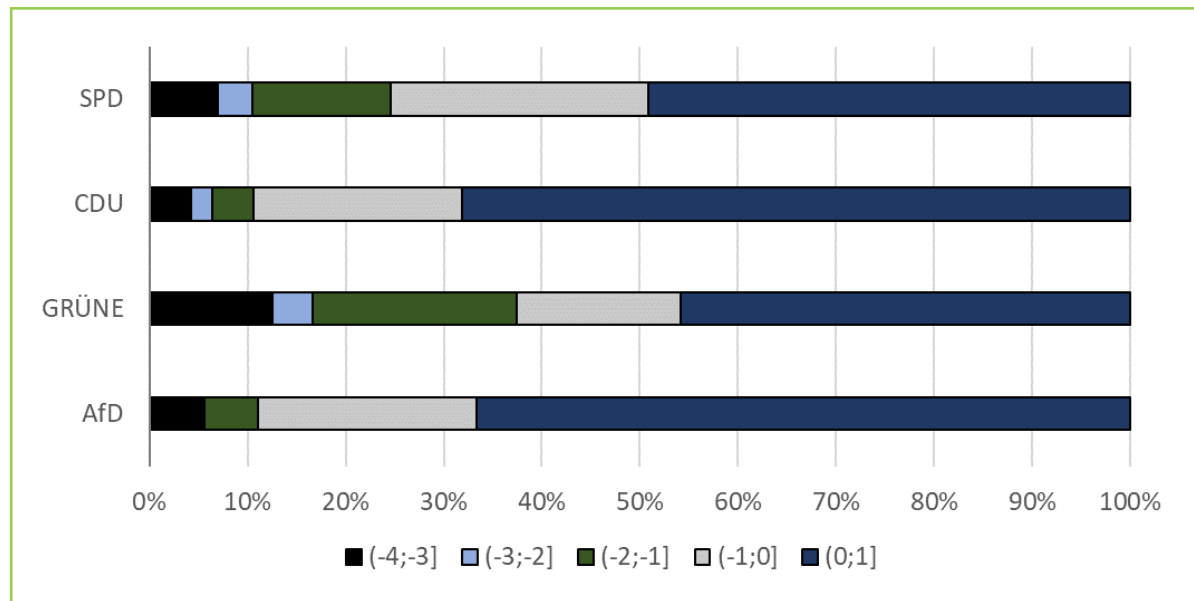


Prozentuale Verteilung der Bewerber:innen nach Alterskohorten pro Partei (Bewerber:innen in Wahlkreise und auf Landeslisten; bereinigt um Doppelbewerbungen). Gesamtzahl Bewerber:innen: 756. Datengrundlage: Niedersächsische Landeswahlleiterin. Eigene Berechnungen und Darstellung.

Der neue Landtag startet mit einem Durchschnittsalter der Abgeordneten von 46 Jahren und wird damit deutlich jünger als der vorherige (Durchschnittsalter 54, Stand Ende 2021). Das resultiert aus den verjüngten Fraktionen von SPD und CDU. Auch die Grünen-Fraktion tritt mit einem vergleichsweise jungen Antlitz auf (Durchschnittsalter 43). Mit dem Start von etlichen jungen und neuen Abgeordneten im professionalisierten Parlamentsbetrieb werden auch veränderte Dynamiken in den Landtagsfraktionen zwischen Routine und neuen Impulsen zu erwarten sein.

Regionale Vielfalt Niedersachsens spiegelt sich im Landtag und in der grünen Fraktion. Das Lebensumfeld kann Einfluss auf die Wahrnehmung politischer Probleme bzw. deren Lösungsvorschläge haben. Über Direktmandate ist die Repräsentation der regionalen Vielfalt im Parlament gewährleistet. In der SPD-Fraktion, deren Abgeordnete bei dieser Wahl alle über Direktmandate in das Parlament eingezogen sind, spiegelt sich die regionale Vielfalt von ländlichen bis städtischen Räumen. Doch auch die Fraktion von B90/Die Grünen, deren Mitglieder mehrheitlich über die Landesliste in das Parlament eingezogen sind (21 von 24 Abgeordneten), repräsentiert ländliche Räume bis städtische Zentren in ihren diversen Abstufungen.

Abbildung 6: Repräsentation der regionalen Vielfalt im neuen Landtag und seinen Fraktionen



Prozentuale Verteilung aller Abgeordneten einer Fraktion (Direkt- und Listenmandate) nach ihrer regionalen Repräsentation, abgeleitet aus ihrer Wahlkreiszugehörigkeit. Regionale Vielfalt bildet die Diversität von ländlichen Räumen bis städtischen Zentren ab. Index für die Ländlichkeit ist abgebildet in Stufen von ländlich (Intervall [0;1]) bis städtisch (Intervall [-4;3]). Weitere Hinweise zum Index im Anhang. Datengrundlage: Niedersächsische Landeswahlleiterin. Eigene Berechnungen und Darstellung.

Weitere Quellen

Bundeswahlleiter (2022): Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen; https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/8ad0ca1f-a037-48f8-b9f4-b599dd380f02/btw21_heft4.pdf

John, Stefanie und Bergen, Jette (2021): Chancen auf eine bessere Repräsentation von Frauen im Bundestag nach der Wahl 2021?; <https://www.boell.de/de/2021/09/21/chancen-auf-eine-bessere-repraesentation-von-frauen-im-bundestag-nach-der-wahl-2021>

Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume; https://literatur.thuenen.de/dig-bib_extern/dn057783.pdf

Vodafone Jugendstudie (2022): Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen; <https://www.vodafone-stiftung.de/jugendstudie-2022/>

Anhang

Ländlichkeitsindex nach Küpper (2016): Der metrische Index umfasst Daten zur Wohnbebauung, zur Siedlungsdichte, zu land- und forstwirtschaftlichen Flächen, zum regionalen Bevölkerungspotential und zur Erreichbarkeit großer Zentren. Die Ländlichkeit ist stärker je geringer die Siedlungsdichte, je höher der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, je höher der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche, je geringer das Bevölkerungspotential und je schlechter die Erreichbarkeit großer Zentren.

Werteskala des Ländlichkeitsindexes: Der Wert Null entspricht hierbei dem Durchschnitt der Ländlichkeit aller Kreisregionen und Gemeindeverbände in Deutschland. Ein Wert kleiner als Null entspricht damit einer weniger ländlichen Region, während ein Wert größer Null eine ländlichere Region als der Durchschnitt ausweist. Die Ländlichkeit bildet sich im Ergebnis im Spektrum von -7,53 bis +1,33. Berlin als Metropole befindet sich untere Ende der Skala und die überdurchschnittlich ländliche Gemeinde Plattenburg in Brandenburg bildet das obere Ende.

Angaben für die niedersächsischen Wahlkreise: Die Angaben ergeben sich aus der Transformation des Indexes. Die niedersächsischen Wahlkreise decken nicht das gesamte Spektrum von sehr städtisch bis sehr ländlich ab, welches die Bundesrepublik beschreibt. Die Spannweite von städtisch bis ländlich bewegt sich in Niedersachsen von -3,95 bis 0,86 [-4;+1]: Am städtischsten sind die Stadtwahlkreise der Großstadt Hannover. Der Wahlkreis Papenburg im ländlichen Westen Niedersachsens zeichnet sich durch die größte Ausprägung von Ländlichkeit aus. Zwischen diesem Spektrum liegt beispielsweise die Stadt Salzgitter mit -0,78.

Die Autorin

Dr. Stefanie John ist Referentin für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Parteien- und Parteiensystemforschung und sie verantwortet die Wahlanalysen. Darüber hinaus analysiert sie Entwicklungen im politischen System der Bundesrepublik unter Einbezug der europäischen Ebene. Sie hat an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Fach Politikwissenschaft promoviert.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Stefanie John **E** john@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Oktober 2022

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.